Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Kinder ihrer Klasse
2. Corona-Warn-App seit Wochen defekt, Millionen Deutsche betroffen
3. Test-Chaos in der Gastronomie: Nur 4 Prozent der versprochenen Tests wurden durchgeführt, doch McKinsey kassiert
4. Gesundheitsminister vereinbaren Corona-Tests an Flughäfen
5. Soziologin Allmendinger: “Das Leben ist keine Videokonferenz”
6. Teures „decoupling“
7. USA verschärfen Kalten Krieg durch Schließung des chinesischen Konsulats in Houston
8. Dein Jahr für Deutschland
9. Bundeswehr: Soldaten, die den Umsturz planen
10. Versteckte US-Jobkrise erschreckt Analysten
11. Lohnsteuerklasse V reduziert Anspruch auf Lohnersatzleistungen drastisch – beim Krankengeld um bis zu 700 Euro monatlich
12. Leben und sterben lassen
13. Schutz vor feindlichen Übernahmen: Neudenken der europäischen Kapitalverkehrsfreiheit
14. Zeitungsrecherche Intransparente Sponsoren bei Gabor Steingarts Medienunternehmen
15. Alexandria Ocasio-Cortez kontert wüste Beleidigung mit bewegender Rede

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Kinder ihrer Klasse**
   Christian Baron erzählt vom Leben ganz unten. Doch er öffnet auch eine Welt

für all jene, die Armut selbst nicht erlebt haben, aber die Verhältnisse abschaffen wollen, in denen sie immer wieder aufs Neue weitervererbt werden.
Quelle: Jacobin.de

2. **Corona-Warn-App seit Wochen defekt, Millionen Deutsche betroffen**
   - Die von SAP und der Telekom in Zusammenarbeit entwickelte Corona-Warn-App ist auf vielen Smartphones defekt.
   - Samsung- und Huawei-Nutzer werden seit Einführung der App vor fünf Wochen entweder zu spät oder gar nicht gewarnt.
   - Scharfe Kritik gibt es dafür von Politik und Wissenschaft zugleich. So sagt FDP-Digitalexperte Manuel Höferlin: „Statt die Fehler zu beheben, ruht sich die Bundesregierung auf den Downloadzahlen aus.“ […]

   40 Prozent der Deutschen nutzen ein Smartphone der Marke Samsung, 17 Prozent eines der Marke Huawei. Das bedeutet Millionen Betroffener. Viele dieser Smartphones deaktivierten ungefragt die Hintergrundaktualisierungen der Corona-Warn-App, die jedoch für dessen reibungsloses Funktionieren notwendig ist. […]
   Gegenüber der „Bild“-Zeitung bestätigte ein SAP-Sprecher, dass es tatsächlich „ein Problem mit früheren Versionen der Corona-Warn-App in Sachen Hintergrundaktualisierung auf Android-Geräten“, weil der automatische Abgleich im Hintergrund „von einem Teil von Android-Smartphones unterbunden“ wurde. Gesundheitsminister Jens Spahn verwies gegenüber der „Bild“ auf die neueste Version 1.11 der App, die nun über einen Schieberegler verfügt, mit dem die Hintergrundaktualisierungen dauerhaft aktiviert werden können.
   Quelle: Business Insider

   Anmerkung Jens Berger: *Gerade bei einer solchen App, die von vielen Menschen genutzt wird, die technisch nicht so firm sind, ist der Hinweis auf ein funktionierendes Update nicht zielführend, da viele ältere Menschen und Nutzer, die nicht über einen WLan-Anschluss verfügen, Updates nur sehr sporadisch oder gar nicht einspielen.*

3. **Test-Chaos in der Gastronomie: Nur 4 Prozent der versprochenen Tests wurden durchgeführt, doch McKinsey kassiert**
   65.000 Corona-Tests pro Woche sollte es derzeit in Österreichs Gastronomie-

Betrieben geben, wenn man den Ankündigungen von Tourismusministerin Köstinger glaubt. Tatsächlich gab es bisher erst 9.000 Tests – insgesamt. Für diese wenigen Tests kassiert der US-Consulter McKinsey hunderttausende Euro – Kostenpunkt laut Recherchen der Kronen Zeitung: 200.000 Euro pro Woche. Das Ministerium dementiert. McKinsey dürfte aber gute Kontakte ins Bundeskanzleramt haben – der stellvertretende Kabinetts-Chef ist ein ehemaliger McKinsey-Mann.
Ende Mai kündigte Tourismusministerin Elisabeth Köstinger nicht gerade bescheiden an: Österreich wird zum sichersten Urlaubsland der Welt. Um das zu garantieren, sollten laut Köstinger ab Juli jede Woche 65.000 Mitarbeiter von Gastronomie- und Tourismusbetrieben kostenlose Corona-Tests erhalten. Diese Ankündigung wird der Realität aber bei Weitem nicht gerecht.
Quelle: kontrast.at

4. **Gesundheitsminister vereinbaren Corona-Tests an Flughäfen**
An deutschen Flughäfen wird es künftig Corona-Teststellen für Reiserückkehrer aus Risikogebieten geben. Sie sollen sich dort kostenlos auf das Virus testen lassen können, sagte die Berliner Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (SPD) nach Beratungen mit ihren Kollegen aus Bund und Ländern.
Wer keinen negativen Test habe, müsse in häusliche Quarantäne, sagte Kalayci. „Auch Reisende aus Nichtrisikoländern können sich innerhalb von 72 Stunden testen lassen“, erklärte sie weiter. „Allerdings nicht in den Flughäfen.“ Für alle Reiserückkehrer seien die Tests kostenlos. Die Finanzierung teilten sich der Bund und die Länder, sagte die Hamburger Gesundheitssenatorin Melanie Leonhard (SPD). (…)
Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sagte, die aktuellen Infektionszahlen zeigten, dass man „noch mitten drin in der Corona-Pandemie“ sei. Der zunehmende Reiseverkehr erhöhe „das Risiko, dass wieder mehr Infektionen nach Deutschland hineingetragen werden“. Daher werde der Bund die Nationale Teststrategie so ergänzen, dass sich alle Reiserückkehrer binnen drei Tagen nach Einreise testen lassen können. (…)
„Klar ist aber auch: Ein Test ist kein Freifahrschein, sondern immer nur eine Momentaufnahme. Vernünftiges Verhalten und Wachsamkeit bleiben unverzichtbar“, sagte Spahn.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung Christian Reimann: *Die Marschrichtung gibt offenbar der „Pharmalobbyist“ im Bundesgesundheitsministerium vor: Man sei „noch mitten drin in der Corona-Pandemie“. So könnten auch Daten von Patientinnen und*

Patienten beschafft werden. Zu befürchten ist, dass aus dem nun oft betonten „können“ und „sollen“ demnächst eine zwingende Vorschrift mit dem Hilfsverb „müssen“ werden könnte.

5. **Soziologin Allmendinger: “Das Leben ist keine Videokonferenz”**
   Verändert sich unser Land durch die Corona-Krise für immer? Die Soziologin Jutta Allmendinger spricht im Interview über den Trend zum Homeoffice – und darüber, was er für die Gesellschaft bedeutet. Sie befürchtet, im Trend zur Heimarbeit liege immenser gesellschaftlicher Sprengstoff.
   Quelle: RND
6. **Teures „decoupling“**
   Die Forderung von US-Außenminister Mike Pompeo nach der Gründung einer „breiten Allianz“ gegen China stößt in Europa bislang auf verhaltene Reaktionen. Einflussreiche deutsche Kommentatoren urteilen, „eine Strategie“ sei hinter dem aktuellen Vorgehen der Trump-Administration „nicht zu entdecken“; mit „unabgestimmten“ Maßnahmen wie der Schließung des chinesischen Konsulats in Houston „und anschließenden Forderungen an andere Staaten“ kämen die USA nicht weit. Der britische Außenminister Dominic Raab verwahrt sich gegen Pompeos Drängen, London solle umgehend Sanktionen gegen Beijing verhängen. In Deutschland stößt vor allem Washingtons Bestreben, eine ökonomische Entkopplung („decoupling“) zwischen den Vereinigten Staaten und China zu erzwingen, auf Widerspruch: Zwar erzielten nicht wenige deutsche Unternehmen „derzeit noch den größeren Teil ihres Umsatzes in den USA“, heißt es in der Wirtschaftspresse, „aber das Wachstum kommt aus Asien“. Das gilt umso mehr, als in China trotz Coronakrise wieder Profite erzielt werden – anders als in den USA.
   Quelle: German Foreign Policy
7. **USA verschärfen Kalten Krieg durch Schließung des chinesischen Konsulats in Houston**
   Die Global Times sprach mit Wu Xinbo, Vorstand des Instituts für internationale Studien der Fudan-Universität, über das Thema.
   Wu geht davon aus, dass dieser Schritt dazu dienen solle, Druck auf China auszuüben, mehr amerikanische Diplomaten auf ihre Dienstposten in China zurückkehren zu lassen. Beim Ausbruch von COVID-19 haben die USA innerhalb kurzer Zeit eine große Zahl von Diplomaten und amerikanischen Staatsbürgern aus China evakuiert. Nun ist Washington der Meinung, dass es an der Zeit sei, diese Menschen ihre Chinamission fortsetzen zu lassen. Die Verhandlungen über die Bedingungen der Wiedereinreise haben sich jedoch als

schwierig erwiesen.
Quelle: German.China.org.cn

dazu: China informiert USA über Schließung von US-Generalkonsulat in Chengdu
Das chinesische Außenministerium informierte die US-Botschaft in China am gleichen Tag über seine Entscheidung, die Zustimmung zur Einrichtung und zum Betrieb des US-Generalkonsulats in Chengdu zurückzuziehen. Es wurden detaillierte Anforderungen vorgelegt, nach denen das Konsulat in Chengdu sämtliche Geschäfte und Aktivitäten einstellen muss. (…)
Die Entscheidung über die Schließung des US-Konsulats in Chengdu sei eine gerechte und notwendige Reaktion auf die grundlose Handlung der US-Seite, erklärte das chinesische Außenministerium am Freitag. Es entspreche dem Völkerrecht, den grundlegenden Normen internationaler Beziehungen sowie der diplomatischen Praxis.
China sei nicht glücklich über die aktuelle Situation der chinesisch-amerikanischen Beziehungen, aber die US-Seite müsse dafür die gesamte Verantwortung tragen. China fordere die USA noch einmal auf, ihre falschen Entscheidungen sofort rückgängig zu machen und die notwendigen Bedingungen für eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu schaffen, so das chinesische Außenministerium.
Quelle: CRI online

Anmerkung Christian Reimann: *Noch sei nicht klar, ob die USA im Konflikt mit China auf „einen neuen Kalten Krieg hinsteuern“ würden, meint eine chinesische Online-Zeitung. Aber was unterscheidet die jetzige Beziehung zwischen den beiden Staaten von dem Zustand eines Kalten Krieges?*

8. **Dein Jahr für Deutschland**
Der neue Bundeswehr-Freiwilligendienst löst die Probleme der Bundeswehr nicht (…)
Bedenklich ist der Vorstoß von Annegret Kramp-Karrenbauer auch wegen der rechten Netzwerke bei der Bundeswehr. Jetzt besteht die Gefahr, dass unter dem Deckmantel des Heimatschutzes noch mehr Rechtsextreme in den Kasernen landen. Für Rechtsextreme ist so ein Reservedienst eine zusätzliche Gelegenheit, eine Ausbildung an der Waffe zu bekommen. Anpreisende Sätze wie dieser aus den Reihen des Bundeswehrverbandes machen diese Gefahr nicht eben geringer: „Wer sich seinem Land, seiner Heimat und der Bundeswehr verbunden fühlt, der soll sich ab April 2021 mit dem neuen

Freiwilligendienst Heimatschutz unter dem Titel ‚Dein Jahr für Deutschland' engagieren können."
Der Präsident des Reservistenverbandes meint: „Die Bundeswehr und die Gesellschaft werden von einem Ausbau des Freiwilligendienstes profitieren. Der gesellschaftspolitische Aspekt des Dienstes ist nicht zu unterschätzen" und „Ich bin überzeugt, dass die Auswirkungen auf den Zusammenhalt der Gesellschaft unser Zusammenleben nachhaltig positiv prägen wird, auch in Bezug auf die Fälle von Rechtsextremismus, die in den letzten Monaten immer wieder zutage kamen".
Genau das ist offensichtlicher Unsinn. Die Wahrscheinlichkeit ist doch eher groß, dass genau diese rechten Kreise von einem solchen Dienst an der Waffe angezogen werden.
Es gibt außerdem bereits gute, zivile Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale und das Freiwillige Ökologische Jahr. Die Bundeswehr sollte den bestehenden Freiwilligendiensten keine unnötige Konkurrenz machen. Und die zivilen Freiwilligendienste dürfen nicht gegenüber der Bundeswehr benachteiligt werden. Was ist zum Beispiel mit den für Soldatinnen und Soldaten kostenfreien Bahnfahrten? Wenn Bundeswehr-Freiwillige ohne eigene Kosten öffentliche Verkehrsmittel nutzen dürfen, dann muss das auch für alle anderen möglich werden.
Zu Recht kommt aus diesen Gründen auch Kritik aus den Reihen der Wohlfahrtsverbände, Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband befürchtet, dass soziale Dienste nun benachteiligt werden im Wettbewerb mit der Bundeswehr. Und der Vorstandsvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Wolfgang Stadler, wird mit den Worten zitiert: „Den Begriff eines Freiwilligendienstes bei der Bundeswehr lehnen wir ab." Durch den Vorstoß laufe der Begriff Gefahr, seine zivilgesellschaftliche Prägung zu verlieren: „Die Idee, einen freiwilligen militärischen Dienst an Deutschland einzuführen, vermischt Begrifflichkeiten, die sauber getrennt bleiben sollten."
Quelle: Informationsstelle Militarisierung e.V.

9. **Bundeswehr: Soldaten, die den Umsturz planen**
   Aktive und ehemalige Soldaten haben in einer bisher unbekannten Chat-Gruppe rechtsextreme Hetze verbreitet. Mit im Chat: eine mutmaßliche Terrorunterstützerin.
   In einem rechtsextremen Kanal des Messengerdienstes Telegram haben sich Soldaten der Bundeswehr in den vergangenen Monaten über ihre Pläne für einen Bürgerkrieg und das Vorgehen gegen Andersdenkende ausgetauscht. ZEIT ONLINE liegt der Inhalt der Chatgruppe in Auszügen vor.

Quelle: Zeit Online

10. **Versteckte US-Jobkrise erschreckt Analysten**
Die USA sind vom historischen Aufschwung abrupt in die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg abgestürzt. Ein Blick auf Zahlen abseits der Arbeitslosen zeigt: Es ist sogar noch schlimmer als befürchtet.
Seit fast vier Monaten haben sich nun jede Woche mehr als eine Million US-Amerikaner neu arbeitslos gemeldet. Die Corona-Krise frisst sich aber womöglich über die Industrie hinaus bis in die oberen Einkommensschichten. In den USA hängen mehr als zwei Drittel der Wirtschaft am Konsum: etwa 70 Prozent. Weil das Sozialversicherungsnetz in den USA viel grober geknüpft ist als etwa in Europa, hat ein Jobverlust auch einen größeren Effekt auf die Wirtschaft. Es beschleunigt die Abwärtsspirale für die rund 330 Millionen Einwohner.
Die Krise macht aber auch vor denen nicht Halt, die es geschafft haben, ihren Arbeitsplatz zu behalten. Mindestens vier Millionen US-Amerikanern sind bis Anfang Juli bereits die Gehälter gekürzt worden. Mindestens sechs Millionen weitere Menschen, die nach Stunden bezahlt werden, sind zu weniger Arbeit gezwungen, zeigen Zahlen des Arbeitsministeriums. Andere geben an, dass wohl noch viel mehr Beschäftigte betroffen sind: Insgesamt 20 Millionen Menschen, schätzt Moody Analytics.
Tiefe Rezession
Vor allem Angestellte, sogenannte „White Collar Workers“, bekommen weniger Geld, geben Arbeitsmarktforscher der Universität von Chicago an. Ganze drei Viertel aller Kürzungen zwischen 5 und 50 Prozent gab es bei solchen Arbeitnehmern, im Mittel sind es 10 Prozent weniger. Zu den bekanntesten Arbeitgebern gehören unter anderen General Motors, Tesla oder die Major League Baseball. Tesla etwa kürzte von Mitte April bis Ende Juni zwischen 10 und 30 Prozent. Die Pläne für Juli sind nicht bekannt. Zur Arbeitslosigkeit in den USA kommt also eine schwere Einkommenskrise. Und allen Betroffenen fehlt es an Geld in der Tasche und der Wirtschaft somit an Erholung.
Quelle: n-tv

11. **Lohnsteuerklasse V reduziert Anspruch auf Lohnersatzleistungen drastisch – beim Krankengeld um bis zu 700 Euro monatlich**
Besonders drastisch wirken sich die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Steuerklassen beim Bezug von Lohnersatzleistungen aus. Denn die werden meist als prozentualer Anteil vom individuellen Nettoeinkommen berechnet. Eigentlich ein übersichtliches, pragmatisches Verfahren. In Kombination mit den Steuerklassen III und V führt es allerdings zu erheblichen finanziellen

Ungleichheiten, die faktisch meistens Frauen benachteiligen. Für Krankengeld, Arbeitslosengeld I und Elterngeld haben die Wissenschaftlerinnen die Effekte beispielhaft berechnet. Dazu vergleichen sie, wie hoch die Leistungen an Personen in den Lohnsteuerklassen III und V sind, die ein gleich hohes Bruttoeinkommen haben – und dementsprechend zuvor gleich viel an Beiträgen für die Kranken- und die Arbeitslosenversicherung gezahlt haben:

- Beim Krankengeld ist die Differenz am größten bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 5000 Euro. Eine Person in Lohnsteuerklasse III erhält ein Netto-Krankengeld von 2682 Euro, in Steuerklasse V sind es hingegen nur 1985 Euro monatlich, also 697 Euro weniger. Das entspricht einem Unterschied von 26 Prozent. Ähnlich groß ist die prozentuale Differenz durchgängig ab einem Monatsbrutto von 2500 Euro. Am geringsten ist der relative Unterschied mit je sechs Prozent bei geringen Beispieleinkommen von rund 830 Euro brutto im Monat und bei hohen von knapp 6700 Euro.

- Um maximal 635 Euro unterscheiden sich die monatlichen Zahlungen beim Arbeitslosengeld I. Soviel weniger erhalten Beschäftigte mit Steuerklasse V bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von rund 6700 Euro im Vergleich zur Steuerklasse III. Das entspricht einer Differenz von 26 Prozent. Sogar 27 Prozent beträgt der relative Abstand bei einem Bruttoeinkommen zwischen 2500 und 5000 Euro monatlich. Und selbst bei niedrigen Bruttoeinkommen liegen die Ansprüche mit unterschiedlichen Steuerklassen noch um mindestens 12 Prozent auseinander.

- Auch beim Elterngeld macht die Lohnsteuerklasse V einen deutlichen Unterschied. Hier ergibt sich die maximale Differenz bei einem Bruttoeinkommen von knapp 4200 Euro monatlich. Eine Person in Klasse III erhält 1789 Euro monatlich, während es in Steuerklasse V nur 1292 Euro gibt und damit 497 Euro weniger. Das entspricht einer relativen Differenz von 28 Prozent. Sogar 29 Prozent beträgt der Abstand bei einem Monatsbrutto von 2500 Euro. Anders als bei Kranken- oder Arbeitslosengeld hat die Person in Klasse V, also meist die werdende Mutter, die Möglichkeit, kurzfristig noch in Lohnsteuerklasse III zu wechseln und so ein höheres Elterngeld zu beziehen. Das gilt allerdings nur bei verheirateten Paaren, weshalb die Expertinnen hier eine verfassungswidrige Benachteiligung von Alleinerziehenden und Eltern

ohne Trauschein attestieren. (…)

Als Reformoption für die Berechnung des monatlichen Nettoeinkommens sehen die Wissenschaftlerinnen die Abschaffung von Steuerklasse V. Die bestehende Alternative, Steuerklasse IV oder das Faktorverfahren für beide Eheleute, würde die „geschlechtsbezogenen Nachteile bei der Berechnung der Lohnsteuer beseitigen“. Der finanzielle Vorteil des Ehegattensplittings bliebe für das Paar erhalten, er würde aber annähernd gleich aufgeteilt.
Quelle: Hans Böckler Stiftung

12. **Leben und sterben lassen**
Ich will sterben. Nicht jetzt – irgendwann. Weil es sein muss. All jene, die sich mit einer Verewigung des Daseins auf Erden beschäftigen, die Dataisten, versetzen uns den Todesstoß – bei lebendigem Leibe.
»Wenn Sie mich heute fragen, ob es möglich ist, 500 Jahre alt zu werden, so lautet die Antwort Ja!« Das sagte vor einigen Jahren Bill Maris, CEO des Investmentfonds Google Ventures. Der Mann sollte es wissen, er sitzt an der Quelle. In Mountain View, mitten im Herzen des Silicon Valley. Und dort bastelt man schon lange an der Unsterblichkeit. Peter Thiel, PayPal-Mitbegründer und Milliardär, outete sich ebenfalls als Anhänger der Unsterblichkeit. Den Tod werde er nicht akzeptieren, sondern bekämpfen. Experten glauben, dass Amortalität realistisch sei. Schon ab dem Jahr 2100 – wenn alles gut geht.
Die Entwicklungen in der Gentechnik, regenerativen Medizin und Nanotechnologie rechtfertigen eine solche Einschätzung. Gestützt wird diese »Hardware« durch ein neues ideologisches Konzept, die mentale »Software«, die da lautet: Dataismus. Das Erfassen aller existenten Abläufe in und um den Menschen, um sie zu Datensätzen zu verarbeiten. Die Algorithmisierung von allem was ist: Auf dieser Grundlage wird sich der neue Mensch selbst erkennen. Sich kontrollieren, ausrichten, befragen und seine Entscheidungen davon abhängig machen.
Quelle: Makroskop
13. **Schutz vor feindlichen Übernahmen: Neudenken der europäischen Kapitalverkehrsfreiheit**
Für den Schutz sensibler Infrastruktur und Industrien vor dem Ausverkauf stehen der EU derzeit kaum Instrumente zur Verfügung. Mit dem kürzlich vorgestellten Leitfaden für ausländische Direktinvestitionen hat die EU-Kommission kurzfristig reagiert. Doch es braucht langfristige Lösungen und

eine Abkehr vom Primat der grenzenlosen Kapitalverkehrsfreiheit.
Quelle: A&W blog

14. **Zeitungsrecherche Intransparente Sponsoren bei Gabor Steingarts Medienunternehmen**
Seinen Journalismus will Gabor Steingart werbefrei halten. Wie die „Zeit“ berichtet, habe sein Medienunternehmen aber Zuwendungen von Firmen erhalten, ohne dies zu kennzeichnen.
Werbung sei „ein Übers-Ohr-Hauen der Leser und Hörer“, hat der „Media Pioneer“-Gründer Gabor Steingart mal in einem Interview mit dem Branchendienst „Turi2“ gesagt. Auch auf der Website seines Medienunternehmens heißt es, man wolle Journalismus „unabhängig, werbefrei“ anbieten. Nun berichtet die „Zeit“, dass das Unternehmen des ehemaligen „Handelsblatt“-Herausgebers dennoch Zuwendungen von Firmen erhalten hat, ohne dies zu kennzeichnen.
Quelle: DER SPIEGEL
15. **Alexandria Ocasio-Cortez kontert wüste Beleidigung mit bewegender Rede**
Der Republikaner Ted Yoho soll Ocasio-Cortez „a fucking bitch“ genannt haben. Wie die demokratische Abgeordnete antwortete
Am Ende hat sie es doch nicht auf sich sitzen lassen. „Diese Sache ist kein Einzelfall. Es ist kulturell. Eine Kultur der Straflosigkeit, der Akzeptanz von Gewalt und gewalttätiger Sprache gegen Frauen. Eine ganze Machtstruktur unterstützt das“, sagte die demokratische Abgeordnete Alexandra Ocasio-Cortez in einer Ansprache am Donnerstag im Repräsentantenhaus. Sie habe die Sache hinnehmen wollen, aber die Entschuldigung von Yoho hätte sie daran gehindert.
In einer viel beachteten Rede reagierte Cortez auf eine Beleidigung durch den Republikaner Ted Yoho. Wie die Zeitung „The Hill“ berichtet, soll Yoho Cortez Anfang dieser Woche „a fucking Bitch“ (auf Deutsch etwa „eine verdammte Schlampe“) genannt haben.
Quelle: der Standard